

**POLITDOSSIER**

# **KATHERINA REICHE: WIE EINE GAS- LOBBYISTIN ENERGIEPOLITIK BETREIBT**

**Ein Jahr im Bundeswirtschaftsministerium: eine Analyse  
der Interessenverflechtungen und Personalprobleme**

**POLITDOSSIER**

# **KATHERINA REICHE: WIE EINE GAS-LOBBYISTIN ENERGIEPOLITIK BETREIBT**

## **Ein Jahr im Bundeswirtschaftsministerium: eine Analyse der Interessenverflechtungen und Personalprobleme**

**Erstellt von:**

Karsten Smid,  
Greenpeace - Investigative Recherche  
E-Mail: [karsten.smid@greenpeace.org](mailto:karsten.smid@greenpeace.org)

Sophia van Vügt,  
Greenpeace – Politikexpertin  
E-Mail: [svvuegt@greenpeace.org](mailto:svvuegt@greenpeace.org)

Hamburg, April 2026

## **Kein Geld von Industrie und Staat**

Greenpeace arbeitet international und kämpft mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik und Wirtschaft. Rund 620.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt, der Völker-verständigung und des Friedens.

### **Impressum**

Greenpeace e. V. Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, T 040 30618-0, V.i.S.d.P. Karsten Smid Pressestelle T 040 30618-340, presse@greenpeace.de, greenpeace.de Politische Vertretung Berlin Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, T 030 308899-0

**greenpeace.de**

# Inhaltsverzeichnis

## Vorwort

1. Der energiepolitische Kurswechsel
2. Karriere und Interessenverflechtungen: Der Drehtür-Effekt
3. Der Einfluss-Komplex: Ministerium, Konzerne, Gutachter
4. Expertenbefunde: Interne Dokumente und unabhängige Bewertungen
5. Die Gas-Strategie: Eine riskante Wette auf die Vergangenheit
6. Fossile zurück in den Heizungskeller: Das Gebäudemodernisierungsgesetz
7. Inside BMW: Personalfluktuaton, Beratungsaufträge und Arbeitsklima
8. Gesamtbewertung: Eine Ministerin im Krisenmodus

# Vorwort

---

Dieses Dossier ist die Rekonstruktion eines politischen Aufstiegs – und zugleich eine Warnung vor der drohenden Demontage der Energiewende. Es verfolgt den Weg von Katherina Reiche aus den hinteren Reihen des Parlaments bis in die Bundesregierung – dorthin, wo politische Entscheidungen und wirtschaftliche Interessen ineinandergreifen. Im Brennpunkt: eine Gas-Lobbyistin, die nun für die Energiewende verantwortlich ist.

Was dabei sichtbar wird, ist ein Geflecht aus Einfluss, Netzwerken und strategischer Positionierung. Bereits als Staatssekretärin im Umweltministerium prägte Reiche zentrale Weichenstellungen – mit Folgen, die bis heute nachwirken, etwa dem schleichenden Niedergang der Solarbranche, einst Hoffnungsträger der deutschen Wirtschaft und Energiewende.

Reiches Werdegang ist ein Paradebeispiel für den Drehtür-Effekt – den fließenden Übergang zwischen Wirtschaft und Politik. Was in der Folge zu beobachten ist, ist die auffällige Verschiebung politischer Prioritäten zugunsten fossiler Interessen.

Dieses Dossier belegt redaktionelle Eingriffe und selektive Darstellungen in einem von Reiche beauftragten Sonder-

Monitoringbericht. Es rekonstruiert, wie das Gutachten entstand – und wie daraus ein verzerrtes Bild der Energiewende geformt wird. Grundlage sind hunderte Seiten interner Dokumente, deren Veröffentlichung zunächst vom Wirtschaftsministerium verweigert wurde. Erst durch juristischen Druck konnten geschwärzte Passagen offengelegt werden.

Die Energiewende ist an einem kritischen Punkt: Während wissenschaftliche Empfehlungen der offiziellen Expertenkommissionen zum Energiewendemonitoring weitgehend ignoriert werden, dominieren Scheindebatten über Fusionsenergie und die Rückkehr der Atomkraft die öffentliche Diskussion.

Das Dossier konzentriert sich auf die strukturellen Interessenkonflikte, die aus Reiches Karrierebiografie resultieren. Es beleuchtet die inhaltliche Ausrichtung der Energiepolitik, gemessen an wissenschaftlichen Empfehlungen und eigenen Ministeriumsdokumenten sowie die institutionellen Probleme im Ministeriumsbetrieb. Daraus ergibt sich ein schlüssiges Bild eines Ministeriums im Krisenmodus.

# 1. Der energiepolitische Kurswechsel

*Die Veränderungen im Kurs des Wirtschaftsministeriums und eine erste Bilanz.*

---

Am 6. Mai 2025 übernahm Katherina Reiche das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Ihr Amtsantritt wurde im politischen Berlin von Beginn an als Richtungssignal wahrgenommen. Friedrich Merz hatte eine Ministerin in sein Kabinett berufen, die die Energiewende managen sollte – nicht aktiv vorantreiben.

Bundeskanzler Friedrich Merz formulierte die politische Absicht dahinter explizit auf dem Parteitag der Union Ende Februar 2026:

*„Liebe Katherina, herzlichen Dank, dass du ein grünes Bundeswirtschaftsministerium wieder vom Kopf auf die Füße gestellt hast.“ [Merz-Rede-Parteitag-2026]*

Hierin liegt eine präzise Beschreibung der programmatischen Neuausrichtung des Ministeriums unter Katherina Reiche: Weg von der Klimapolitik ihres Vorgängers Robert Habeck, hin zu einer Energiepolitik, die insbesondere auf Gas setzt.

Als Vorstandsvorsitzende der Westenergie AG – einer Tochtergesellschaft des E.ON-Konzerns, die maßgeblich im Gas- und Gasnetzgeschäft tätig ist [Lobbypedia-2026] – wechselte sie direkt in das Amt, das genau diese Industrie reguliert. LobbyControl warnte bereits am 28. April 2025, also noch vor ihrer Ernennung:

*„Mit Frau Reiche wird eine Energieunternehmerin zur Energieministerin gemacht. Sie wird sich in ihrer neuen Position kaum aus allen Entscheidungen zurückhalten können, die ihren jetzigen Arbeitgeber betreffen.“ [Lobbypedia-2026]*

## **Bilanz nach einem Jahr: Erneuerbare gebremst, Fossile gestützt**

Bereits kurz nach ihrem Amtsantritt stellt Reiche Klimaziele infrage, will sie fossile Heizungen länger betreiben lassen und nennt den Ausbau der erneuerbaren Energien „überzogen“. [Correctiv-2025] Nach knapp einem Jahr im Amt zeichnet sich folgendes Bild: Der Ausbau der Erneuerbaren wird politisch und rhetorisch systematisch gebremst, fossile Geschäftsmodelle werden regulatorisch bevorzugt. Offensichtlich interessengeleitete Studien liefern die gewünschten Argumente gegen Elektrifizierung und Innovation.

Gleichzeitig sieht sich das Ministerium intern mit erheblichem Personalverschleiß konfrontiert, der Kernbereiche der Facharbeit beeinträchtigt. Deutschland ist gesetzlich verpflichtet, bis 2045 Klimaneutralität zu erreichen. Der eingeschlagene energiepolitische Kurs steht nach Einschätzung unabhängiger Fachgremien in Widerspruch zu diesem Ziel.

## 2. Karriere und Interessen- verflechtungen: Der Drehtür-Effekt

Der fließende Übergang zwischen Wirtschaft und Politik und die daraus resultierenden strukturellen Interessenkonflikte.

Katherina Birgitt Reiche, geboren am 16. Juli 1973 in Luckenwalde, ist Diplom-Chemikerin.

Von 1998 bis 2015 saß sie als CDU-Abgeordnete im Deutschen Bundestag – siebzehn Jahre, in denen sie sich erst zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden (2005–2009) und schließlich zur Parlamentarischen Staatssekretärin hocharbeitete – zunächst im Bundesumweltministerium (2009–2013), dann im Bundesverkehrsministerium (2013–2015). [Wikipedia-2026] Beide Stationen vermittelten ihr belastbares internes Wissen über Regulierungs- und Infrastrukturpolitik.

Durch die Drehtür: Wechsel in die Energiewirtschaft (ab 2015) Im Februar 2015 – noch vor der formalen Niederlegung ihres Bundestagsmandats im September desselben Jahres – wurde ihre Wahl zur Hauptgeschäftsführerin des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) bekannt. [Wikipedia-2026] Der VKU bündelt die Interessen kommunaler Energie-, Wasser- und Abfallunternehmen – und hatte zu diesem Zeitpunkt eine aktive politische Kampagne gegen das damalige Erneuerbare-Energien-Gesetz gefahren. Der Wechsel löste eine öffentliche Debatte über Karenzzeiten für ausscheidende Politiker:innen aus – und die Netzwerke, die sie in ihre neuen Rollen mitbringen. Reiche war von 2015 bis 2019

Hauptgeschäftsführerin des VKU, eines im Lobbyregister geführten Verbands. Im Lobbyregister müssen sich Verbände eintragen, die Kontakt zu Parlamentarier:innen suchen, um deren Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zu beeinflussen.

Im September 2019 kündigte E.ON an, Reiche als Chefin der Konzerntochter innogy Westenergie – später umbenannt in Westenergie AG – zu installieren. [Wikipedia-2026] Ab dem 1. Januar 2020 war sie Vorstandsvorsitzende dieses

### Energiewende auf Kurs bringen: Die Systemkosten sind der wichtigste Hebel



Katherina Reiche

Vorstandsvorsitzende Westenergie AG | Vorsitzende Nationaler Wasserstoffrat

Published Nov 13, 2024

**Die Stromnetze sind der Schlüssel für den Erfolg der Energiewende.** Mit Blick auf die Systemkosteneffizienz muss vor allem der EE-Ausbau mit den Stromnetzkapazitäten synchronisiert werden. Nur so kann vermieden werden, dass der Ausbau der EE-Anlagen dem Ausbau der Netze „vorausleitet“ und der erneuerbare Strom systemschädlich wird.

#### Vorschlag 1: Die pauschale Einspeisevergütung streichen

Das Energiesystem, insbesondere auch das Stromnetz, braucht künftig mehr Flexibilität. Dafür gibt es verschiedene Optionen. Strom bei einem Überangebot einzuspeisen, ist nicht netzdienlich und verursacht Systemkosten; daher sollten diese entschädigungsfrei abgeregelt werden. So wird ein netzdienliches Betreiben der Anlagen angereizt.

In diese Systematik gehört auch das Anreizen von Flexibilität, sowohl auf der Erzeuger- als auch auf der Verbraucherseite. Wer seine Produktionsanlage beispielsweise dann laufen lässt, wenn in lastarmen Zeiten die entsprechenden Kapazitäten vorhanden sind, bekommt dies entsprechend vergütet. Solche Preissignale könnte es für verschiedene Kundensegmente geben.

#### Vorschlag 2: Keine unnötige Förderung bestimmter EE-Anlagen

Es hat sich gezeigt, dass die Förderung von kleineren PV-Anlagen wie Balkonkraftwerken nicht zwingend notwendig ist. Die Förderung sollte daher nach Größenklassen differenziert werden.

#### Vorschlag 3: Keine Netzanschlüsse an Netzengpässen

Ein Netzanschluss einer EE-Anlage soll künftig erst nach einem entsprechenden Abschluss von Netzausbaumaßnahmen erfolgen. Nur dann werden durch den Netzengpass verursachte Redispatch-Maßnahmen und entsprechende Ausgleichszahlungen vermieden.

#### Vorschlag 4: Einführung eines Redispatch-Vorbehalts

EE-Anlagen, die sich bewusst an einem bekannten Netzengpass anschließen lassen, sollten keinen finanziellen Ausgleich für die von den Netzbetreibern vorgenommenen Leistungsreduzierungen bekommen. Dieser Redispatch-Vorbehalt sollte so lange gelten, bis der Netzausbau abgeschlossen und der Engpass beseitigt ist.

#### Vorschlag 5: Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahren

Zu den Systemkosten gehören auch die Kosten für überlange und ineffiziente Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Ausbau der Verteilnetze. Diese können durch beschleunigte und digitalisierte Verfahren gesenkt werden:

- Für den Ersatzneubau in bestehenden Trassen sollte es vereinfachte Verfahren geben.
- Kleinere Maßnahmen (z. B. Mast- oder Leiterseilwechsel) sollten genehmigungsfrei sein.
- Für Erweiterungen innerhalb bestehender Trassen sollten innerhalb bestimmter Grenzen

Genehmigungsverfahren vollständig entfallen.

#### So wie im Bereich der Netze gibt es viele weitere Bereiche, in denen sich die Systemkosten effektiv senken ließen.

Hohe Kostensenkungspotenziale liegen darin, künftig weniger den Ausbau der EE-Anlagen in starren Zielsetzungen und Zielerreichungen in den Mittelpunkt zu rücken. Sondern in alternativen Szenarien zu denken, die beispielsweise auch technische Möglichkeiten mit einbeziehen, die bisher nicht berücksichtigt wurden.

**Die Zeit von Denkverboten und ideologischen Scheuklappen muss vorbei sein.**

Ausschnitt aus LinkedIn-Beitrag von Katherina Reiche als Vorstandsvorsitzende Westenergie AG

Unternehmens. Die Westenergie AG gilt als der größte regionale Energiedienstleister und Infrastrukturanbieter in Deutschland. Ihre 100-prozentige Verteilernetztochter Westnetz GmbH ist nach eigenen Angaben im Besitz von 38.000 Kilometer Gasleitungen.

[Westenergie-2026]

Parallel übernahm Reiche im Juni 2020 den Vorsitz des Nationalen Wasserstoffrates der Bundesregierung – ein Ehrenamt in einem Beratungsgremium, das offizielle Gaspolitik mitgestaltet, während sie gleichzeitig Konzerninteressen vertrat. [Lobbypedia-2026]

Wie sie Energiepolitik in Deutschland gestalten würde, hielt Reiche weit vor ihrer Berufung ins Amt 2024 in einem LinkedIn-Bertrag fest – diese Thesen sind nun weitestgehend Politik geworden. Statt dezentraler Energiewende soll ein energiepolitischer Kurswechsel hin zu mehr Zentralisierung vollzogen werden, im Vertrauen auf fossile Kraftwerke und Marktlogik im Sinne der großen Energieversorger. [Reiche-LinkedIN-2024]

## **Netzwerkbindungen**

Katherina Reiche war bis zu ihrer Ernennung als Ministerin Vorsitzende der Landesfachkommission Energie und Nachhaltigkeit des Landesverbands NRW des Wirtschaftsrats der CDU – einem Lobbyverband, dem auch Westenergie als Mitglied angehört. Der Wirtschaftsrat gilt als einer der einflussreichsten Transmissionsriemen zwischen Kapitalinteressen und CDU-Führungsetage.

Daneben ist Reiche Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung, eines wirtschaftsliberalen Netzwerks, dem neben ihr auch Friedrich Merz, Carsten Linnemann und Jens Spahn angehören. Ergänzt wird die Netzwerkbiografie durch die Mitgliedschaft in der Atlantik-Brücke

sowie die Teilnahme an der Bilderberg-Konferenz 2025. Weitere aufgegeben Mandate bei Amtsantritt:

Aufsichtsratsposten bei der Schaeffler Group (niedergelegt 28. April 2025) und beim schwedischen Energiedienstleister Ingrid Capacity (niedergelegt 3. Mai 2025). Beide Niederlegungen erfolgten auf öffentlichen Druck. [Lobbypedia-2026] Ihr Lebensgefährte Karl Theodor zu Guttenberg ist als Lobbyist tätig.

## **Der „Altmaier-Knick“ und Reiches Mitverantwortung**

Die politische Handschrift von Katherina Reiche zeigt sich bereits in ihrer Zeit als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium (2009–2013). In dieser Funktion war sie eine zentrale Akteurin bei der Durchsetzung jener EEG-Reformen, die heute als „Altmaier-Knick“ beschrieben werden. Unter dem Schlagwort der „Strompreisbremse“ forcierte Reiche federführend die massiven Kürzungen der Solarförderung.

Ihre Verantwortung liegt hierbei insbesondere in der strategischen Priorisierung: Statt den dynamischen Ausbau der Photovoltaik als industriepolitische Chance zu begreifen, wurde er restriktiv gedeckelt. Diese Weichenstellung führte nicht nur zum Einbruch des Zubaus, sondern führte zum wirtschaftlichen Einbruch der deutschen Solarbranche. In dieser Phase änderte sich die Energiepolitik: Statt aktiv zu gestalten, wirkte sie zunehmend bremsend und berücksichtigte stärker die Interessen der bestehenden Energiewirtschaft als den systemischen Wandel.

## „Altmaier-Knick“

Als „**Altmaier-Knick**“ bezeichnet man in der deutschen energiepolitischen Debatte den drastischen Einbruch beim Ausbau der erneuerbaren Energien – insbesondere der Photovoltaik (Solarenergie) –, der ab dem Jahr 2012 stattfand.

Der Begriff ist nach dem damaligen Bundesumweltminister und späteren Wirtschaftsminister **Peter Altmaier (CDU)** benannt.

Altmaier stellt die unbewiesene Behauptung auf: Die Energiewende könnte bis zu 1000 Milliarden Euro kosten. [FAZ-2013] Die staatliche Förderung in Form der garantierten Einspeisevergütung für Solarstrom wurde damals massiv und kurzfristig zusammengestrichen. Zudem wurden feste Ausbaudeckel eingeführt. Später kam es unter seiner Ägide als Wirtschaftsminister durch strenge Abstandsregeln auch zu einem ähnlichen Einbruch bei der Windkraft an Land.

Die politischen Eingriffe hatten gravierende Nebenwirkungen:

- **Absturz der Ausbautzahlen:** Der jährliche Zubau an neuen Solaranlagen stürzte von über 8.000 Megawatt (8 GW) in den vorherigen Rekordjahren auf weniger als 2.000 Megawatt (teilweise bis auf 1,4 GW) ab.
- **Kollaps der deutschen Solarindustrie:** Die Bundesrepublik war bis dahin globaler Vorreiter und Weltmarktführer in der Photovoltaik. Durch den plötzlichen Wegfall des heimischen Marktes brachen Umsatz und Nachfrage ein; zahlreiche deutsche Solarunternehmen mußten Insolvenz anmelden.
- **Massenhafter Stellenabbau:** Experten schätzen, dass in den darauffolgenden Jahren zwischen 75.000 und 100.000 Arbeitsplätze in der deutschen Solarbranche vernichtet wurden.
- **Verlust der Marktführerschaft an China:** Während die deutsche Industrie schrumpfte, übernahm China die globale Marktführerschaft in der Herstellung von Solarmodulen.

Während Altmaier das Gesicht der Politik nach außen war, setzte Reiche als parlamentarische Staatssekretärin die Einschnitte in den Gesetzestexten und parlamentarischen Debatten gegen den Widerstand der Opposition und der Umweltverbände durch. [Bundestag-2012]

Die Grünen-Bundestagsfraktion beschreibt Reiches damalige Rolle so:

*„Schon als Staatssekretärin unter Peter Altmaier hat die heutige Wirtschaftsministerin unsere Solarindustrie als Zukunftsbranche in Grund und Boden reguliert und den Niedergang dynamisch wachsender Wirtschaftsregionen [...] mitsamt Verlust zigtausender Arbeitsplätze nach China verantwortet.“ [Gruene-2026]*

Der Parallelen zwischen der Energiepolitik von Altmaier und Reiche sind auffällig: Damals wie heute werden Einschnitte bei der PV-Förderung mit dem Argument zu hoher Systemkosten begründet.

# 3. Der Einfluss-Komplex: Ministerium, Konzerne, Gutachter

Dokumentierte Veränderungen am Sonder-Monitoringbericht und strukturelle Interessenkonflikte beim beauftragten Institut.

---

## Das Sonder-Monitoring: Auftrag und Kritik

Noch vor Veröffentlichung des Sonder-Monitoringberichts, den das BMWF beim Energiewirtschaftlichen Institut der Universität Köln (EWI) und dem Beratungsunternehmen BET in Auftrag gegeben hatte, äußerte Germanwatch am 30. Juli 2025 in einer Kurzstudie grundlegende methodische Bedenken: Die zugrunde gelegten Szenarien wiesen Annahmen nicht transparent aus, enthielten innere Widersprüche und ließen sich daher nicht als valide Entscheidungsgrundlage nutzen. Studienautor Dr. Tim Meyer diagnostizierte eine strukturelle Voreingenommenheit: Das Ministerium scheine darauf ausgelegt, „Kosteneinsparpotenziale durch ein Bremsen des Erneuerbaren-Ausbaus und mehr fossile Energienutzung zu identifizieren“ – statt Wege zu einer kosteneffizienten Beschleunigung der Wende aufzuzeigen. Die Bandbreite der Abschätzungen zum Strombedarf 2045 und zu benötigten Gaskraftwerken 2030 klaffte um bis zu 100 Prozent auseinander, ohne dass die unterschiedlichen Annahmen offengelegt wurden. [Germanwatch-2025]

Laut Katherina Reiche sollte der umstrittene Sonder-Monitoringbericht von EWI und BET eine umfassende Bestandsanalyse für die „Neuausrichtung der Energiewende“ sein. Der Bericht sollte mehr Realismus in die Energiewende

bringen und die Energiepolitik des Ministeriums pragmatischer und flexibler ausrichten. [BMWF-Reiche-2025]

Schon vorab warnte die energiepolitische Sprecherin der SPD, Nina Scheer, vor der voreingenommenen Leistungsbeschreibung aus dem Hause Reiches:

*„Die Ergebnisoffenheit des Monitorings nach Maßgabe des koalitionsären Untersuchungsgegenstandes wird durch Aufzählung einzubeziehender Studienergebnisse gelenkt und damit in nicht verständiger Weise eingeschränkt.“ [Scheer-2025]*

Außerdem kritisierte sie, dass erneuerbare Energien als „Unsicherheitsfaktor“ dargestellt werden (vgl. UAP 1.4: „Der Bericht soll (...) zentrale Unsicherheiten der Entwicklung von EE-Ausbau und Erzeugung aufzeigen.“). Gleichzeitig fehlten vergleichbare Formulierungen etwa für CCS („Carbon Capture and Storage“), eine Technologie zur Abscheidung und Speicherung von Kohlenstoffdioxid in Industrieprozessen. Greenpeace kritisiert CCS als teuer, unzuverlässig und riskant.

## Auffällige Ähnlichkeiten: Lobbypapier trifft Ministeriumspapier

Laut Table Briefings weist das Zehn-Punkte-Papier zur Energiewende des

BMWE, das Reiche zusammen mit dem Monitoringbericht des EWI vorgestellt hat, Ähnlichkeiten zu Forderungen eines gemeinsamen Positionspapiers von RWE und E.ON auf. [Lobbypedia-2026] Das BMW-Papier habe sich deutlich an den Forderungen aus der Industrie orientiert: „RWE und Eon fordern, die 'Erneuerbaren-Ausbauziele' sollten 'kritisch überprüft werden'. Im BMW-Papier heißt es, die 'Ausbaupfade für erneuerbare Energien' sollten sich 'an realistischen Strombedarfsszenarien orientieren'." [TM-Kreutzfeldt-2025]

Der Wirtschaftsjournalist Malte Kreutzfeldt wies als Erster auf diese Ähnlichkeiten hin. Offensichtlich waren die Fachabteilungen im BMW daran kaum beteiligt.

Die BMW-Forderungen seien laut Table Briefings ganz überwiegend von einem kleinen Kreis enger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ministerin erstellt worden – die zuständigen Fachabteilungen des Ministeriums wurden dagegen überwiegend nicht eingebunden.

## Nachträgliche Eingriffe: Mindestens 28 gezielte Änderungen

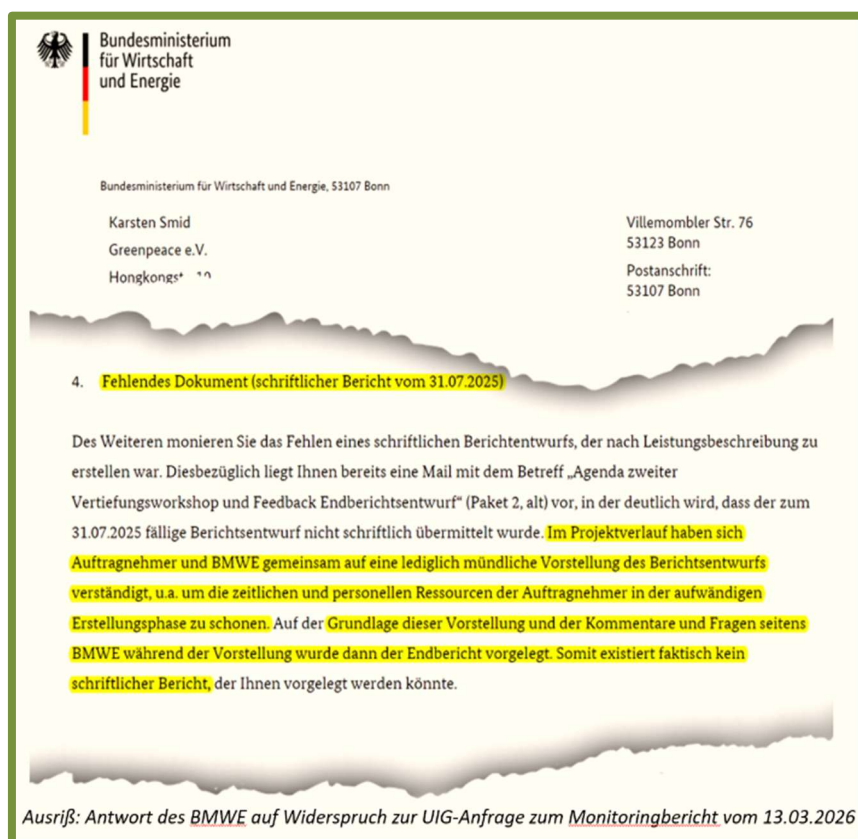
Im Dezember 2025 veröffentlichte Greenpeace eine Analyse, die auf Basis von UIG-Verfahren erstrittener Dokumente eine systematische Veränderung des Berichts zwischen Originalfassung (29. August 2025, übermittelt vom EWI an Staatssekretär Wetzel) und der veröffentlichten Version (15. September 2025) dokumentiert: Mindestens 28 inhaltliche Änderungen lassen sich

nachweisen. Die Dokumente wurden erst nach Androhung einer Untätigkeitsklage übermittelt, Greenpeace erhielt die Schriftstücke schließlich mit erheblichen Schwärzungen. [Greenpeace-2025b]

In den erstrittenen und nachträglich zugesandten Unterlagen findet sich die Erklärung des Ministeriums, warum ein zum 31. Juli 2025 fälliger, vorläufiger Berichtsentwurf zum Energiewendemonitoring nicht existiert:

„Im Projektverlauf haben sich Auftragnehmer und BMW gemeinsam auf eine lediglich mündliche Vorstellung des Berichtsentwurfs verständigt, u.a. um die zeitlichen und personellen Ressourcen der Auftragnehmer in der aufwändigen Erstellungsphase zu schonen. [...] Somit existiert faktisch kein schriftlicher Bericht, der Ihnen vorgelegt werden könnte. [BMW-UIG-Bescheid-2026]“

Mündliche Absprachen ohne Dokumentation sind für eine



## Subtile Änderungen des Sonder-Monitoringberichts

Im **Kapitel 1** „Executive Summary“ werden klare Risikoaussagen („könnte verfehlt werden“, „unwahrscheinlich“) durch weichere Einschätzungen („scheint erreichbar“, „fraglich“) ersetzt. Explizite politische Handlungsbedarfe und Verantwortlichkeiten werden reduziert oder gestrichen. Aussagen mit direkter Steuerungsrelevanz (Kapazitätsbedarf, Gaskraftwerke, Wetterabhängigkeit) bleiben formal erhalten, verlieren jedoch an Dringlichkeit. Das Kapitel 1 wird vom warnenden Entscheidungsinput zu einer beruhigenden Lagebeschreibung umgebaut. Für politische Entscheidungsprozesse verliert das Executive Summary damit seine Funktion als klarer Handlungsimpuls.

Im **Kapitel 4** „Bestandsaufnahme“ werden Formulierungen politisch entschärft. Kritische Begriffe wie „kritisch hinterfragen“, „deutlich abweichen“ oder „notwendig“ werden ersetzt durch „einordnen“, „abweichen“ oder vollständig gestrichen. Forderungen nach zusätzlichen Analysen werden teils zu optionalen Möglichkeiten umformuliert oder entfallen ganz. Die Aussagekraft der Modellierungen (ERAA, VSM) wird stärker relativiert, ohne sie offen zu kritisieren. Der empirische Kern bleibt, aber Interpretationsschärfe geht verloren. Die Bestandsaufnahme wird weniger als Diagnose denn als neutraler Befundrahmen präsentiert.

Im **Kapitel 6** „Handlungsoptionen“ gibt es subtile Streichungen oder Verallgemeinerung der direkten Zuständigkeiten des BMW. Konkrete Instrumente (z. B. „Smart Meter Sprint Teams beim BMW“) werden entinstitutionalisiert. Der klare Adressat fällt weg.

**Kapitel 7** „Weiterführende Diskussion“ wird auf Hauslinie des Wirtschaftsministeriums gebracht. Soziale und verteilungspolitische Aspekte werden nicht gestrichen, jedoch in ökonomische und investitionsbezogene Argumentation eingebettet. In dem Kapitel 7 wird die Kritik von Katherina Reiche zur Kosteneffizienz der Energiewende nachträglich von Seiten des BMW eingefügt, um sie dann auf der Pressekonferenz als Fazit der Gutachter zu präsentieren.

Greenpeace-Analyse Dezember 2025

wissenschaftliche Arbeit äußerst ungewöhnlich, zumal er in der Leistungsbeschreibung explizit vorgeschrieben war.

### Gas salonfähig machen, Erneuerbare kleinrechnen

Die Greenpeace-Analyse identifizierte mehrere gewichtige inhaltliche Eingriffe. Die EWI-Einschätzung, ein massiver Zubau neuer Gaskraftwerke sei „unwahrscheinlich“, wurde in „fraglich“ abgeschwächt. Das 80-Prozent-Ziel für erneuerbaren Strom im Jahr 2030 wurde aus einer zentralen Grafik entfernt. Der Hinweis, dass mehr installierte erneuerbare Kapazität als bisher unterstellt notwendig sein könnte, wurde gestrichen. Positiv formulierte Aussagen zur Versorgungssicherheit durch Erneuerbare wurden abgeschwächt; Kostenannahmen zur Energiewende wurden nach oben korrigiert. [Greenpeace-Versionsvergleich-2025]

### Widersprüchliche Aussagen gegenüber dem Parlament

Das Bundeswirtschaftsministerium bestritt auf eine parlamentarische Anfrage des Grünen-Abgeordneten Michael Kellner jegliche Einflussnahme. Der Bericht sei „unverändert“ veröffentlicht worden. Diese Darstellung steht im Widerspruch zu dem von Greenpeace dokumentierten E-Mail-Verkehr, dem zufolge das BMW dem EWI explizit mitgeteilt hatte, es werde „informieren, welche Anpassungen erforderlich werden“ – noch vor Abschluss der Endfassung. [Greenpeace-2025a]

Greenpeace schlussfolgerte anlässlich der Veröffentlichung des Versionsvergleichs:

*„Der Monitoringbericht ist in seinen zentralen Aussagen ein mit dem Wirtschaftsministerium abgestimmtes Gefälligkeitsgutachten. Katherina Reiche will ihre eigene politische Überzeugung mit einem zweifelhaften wissenschaftlichen*

Qualitätssiegel aufwerten.“  
[Greenpeace-2025b]

Reiche präsentierte zudem ihre eigenen nachträglich eingefügten politischen Prämissen als Fazit unabhängiger Gutachter. [Greenpeace-2025a]

### **Strukturelle Interessenkonflikte beim EWI**

E.ON – Reiches unmittelbarer Vorarbeitgeber als Muttergesellschaft von Westenergie – ist langjähriges Mitglied der Fördergesellschaft des EWI und hat gemeinsam mit RWE und dem Land Nordrhein-Westfalen seit 2008 rund 12 Millionen Euro in den gezielten Ausbau

des Instituts investiert. [Greenpeace-2025a] Kritische Nachfragen zur Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem EWI wurden ausweichend beantwortet und auf den Projektträger BET verwiesen, obwohl die Greenpeace-Unterlagen belegen, dass das EWI als wesentliche Kontaktadresse für das BMW-E fungierte. [Drucksache-21/1032] Einen möglichen Interessenkonflikt hat die Ministerin nie öffentlich thematisiert.

## **4. Expertenbefunde: Interne Dokumente und unabhängige Bewertungen**

Auswertung von Statusberichten, DENA-Analysen und dem offiziellen Monitoringbericht der Expertenkommission

### **Statusberichte: Warum die Energiewende wirklich stockt**

Die in Kapitel 3 dokumentierten Eingriffe in den Sonder-Monitoringbericht werfen eine zentrale Frage auf: Wie fällt die Lageeinschätzung aus, wenn man nicht auf das veröffentlichte, ministeriell bearbeitete Gutachten schaut, sondern auf interne Fachunterlagen und unabhängige Expertisen? Die Antwort belastet das Ministerium auf zwei verschiedenen Ebenen: der operativen Umsetzung und der strategischen Ausrichtung.

### **Was die eigenen Dokumente zeigen: UIG-erstrittene Statusberichte**

Grundlage dieses Abschnitts sind interne Bewertungen zur Roadmap Systemstabilität sowie Analysen der

Deutschen Energie-Agentur (DENA), die Greenpeace im Wege von Verfahren nach dem Umweltinformationsgesetz (UIG) erstritten hat. Diese Arbeitspapiere bildeten wesentliche Grundlagen für den von EWI und BET erstellten Sonder-Monitoringbericht. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie belastbar Netzausbau, Systemsteuerung und Umsetzung der Energiewende tatsächlich sind.

Die Aussagen dieser internen Unterlagen weichen deutlich von der öffentlichen Darstellung des Ministeriums ab. Während im veröffentlichten Bericht betont wird, die meisten Prozesse der Roadmap Systemstabilität lägen im Zeitplan und von 43 angelaufenen Verfahren befinde sich lediglich eines im Verzug, zeichnen die internen Statusberichte ein kritischeres Bild.

Von insgesamt 51 bewerteten Prozessen zur Systemstabilität im Stromsystem befindet sich lediglich ein einziger im Status „abgeschlossen“ – ein Anteil von exakt zwei Prozent. [BMW-Statusbericht-2025] Von 18 geplanten Meilensteinen wurden nur 2 erreicht – eine Zielerreichungsquote von 11,1 Prozent [BMW-Statusbericht-2025]. Rund ein Viertel der laufenden Prozesse gilt als verzögert oder gefährdet; 16 Prozent haben noch nicht einmal begonnen.






Besonders problematisch erweist sich Prozess V5 – das Monitoring der Anlagenfähigkeiten –, der als einziger den Status „im Verzug“ trägt und nach aktueller Prognose bis 2027 nicht abgeschlossen sein wird. Ein anderer Prozess musste wegen einer falschen Annahme von „abgeschlossen“ auf „ggfs. verzögert“ gesetzt werden. [BMW-Statusbericht-2025]

## Energiewende mit Umsetzungsproblem

Die parallele Analyse der DENA kommt zu einem strukturell identischen Befund. Ihre Kritik richtet sich dabei auf einen weiteren zentralen Punkt: Abhängigkeiten zwischen Prozessen sind methodisch unzureichend modelliert. [DENA-Statusbericht-2025] Übersetzt bedeutet das: Das erhöht das Risiko von Kaskadeneffekten. Verzögert sich ein Schlüsselprozess, bremst er eine Reihe nachgelagerter Vorhaben.

Was beide Berichte gemeinsam beschreiben, ist ein Governance-Defizit. Zentrale Akteure wie die DKE (Deutsche Kommission Elektrotechnik) liefern an die Arbeitsgruppe des BMW wiederholt unzureichende Informationen – Konsequenzen folgen offenbar nicht. [DENA-Statusbericht-2025]

### Übersicht der Prozessfortschritte

	01 abgeschlossen
	29 Prozesse im aktuellen Zeitplan
	12 Es kommt ggf. zu Verzögerungen
	08 Prozessstart in der Zukunft
	01 Prozess im Verzug

- **Einordnung:** Im Vergleich zum Statusbericht (Version 2025/2 vom 13.6.25) gibt es eine neue Verzögerung (V5). F6 wurde wegen einer falschen Annahme von „abgeschlossen“ auf „ggfs. verzögert“ gesetzt. F7 und R5 wurden von „ggf. verzögert“ auf „im aktuellen Zeitplan“ gesetzt.
- **Abgeschlossene Prozesse:** 1 von 51 - F1
- **Erreichte RM-Meilensteine:** 2 von 18 - (Übersicht auf nächster Folie)

*Internes Arbeitsdokument des BMW, 07/2025  
Roadmap Systemstabilität, das Greenpeace 2026 auf  
UIG-Anfrage erhalten hat*

Das Ministerium selbst agiert nicht steuernd, sondern höchstens moderierend: eine Rolle, die für ein Leitungsressort in einer Transformationsperiode strukturell unzureichend ist.

Das Bild, das die eigenen Unterlagen zeichnen, ist damit das eines Ministeriums, das die Umsetzung der Energiewende nicht aktiv steuert – und das diese Lage im veröffentlichten Bericht systematisch weicher zeichnet, als die internen Dokumente es rechtfertigen.

## Was die unabhängige Expertenkommission urteilt

Am 10. Dezember 2025 legte die Expertenkommission zum Energiewende-Monitoring ihren 523-seitigen Bericht vor. [BMWE-Monitoring-2025] Die Kommission ist das gesetzlich vorgesehene Fachgremium zur Begleitung der Energiewende – ihre Einschätzungen sind unabhängig vom Ministerium und methodisch nicht mit dem umstrittenen EWI-Sonder-Monitoring zu verwechseln.

Der Bericht steht in zentralen Punkten im Widerspruch zu den Positionen des Ministeriums:

- **Versorgungssicherheit:** Die Kommission fordert den Abschied von kurzfristiger Kostendämpfung zugunsten strategischer Planung – anderenfalls drohen Versorgungslücken.
- **Netze:** Vorausschauende Investitionen seien erforderlich, damit Wind- und Solarstrom effizient ins System kommt.
- **Gas & Wasserstoff:** Gaskraftwerke ja – aber eingebettet in einen klaren Plan, der Gas reduziert und Wasserstoff hochfährt.
- **Strompreise:** Lokale Senkung, finanziert über CO<sub>2</sub>-Einnahmen. Regionale Preisdifferenzierung, um Investitionen gezielter zu lenken – ein Thema, das im Ministeriumsbericht nicht geprüft wird.

## Bewertung: wenn Kostenkontrolle Kosten verursacht

Stellt man die eigenen UIG-Dokumente und den Bericht der Expertenkommission

nebeneinander, ergibt sich ein konsistentes Bild: Beide beschreiben eine Energiewende mit ernsthaften Umsetzungsproblemen – beim Netzausbau, bei der Systemsteuerung, bei der strategischen Planung. Vor allem die Expertenkommission empfiehlt nicht weniger, sondern entschlosseneres Handeln.

Reiche setzt demgegenüber auf Kostenkontrolle und punktuelle Eingriffe. Doch lässt sich aus dem Bericht der unabhängigen Expertenkommission schließen, dass genau diese Strategie Kosten erst produziert – durch Planungsunsicherheit, Investitionsstau und strukturelle Ineffizienz.

Der Energieexperte Dr. Tim Meyer benennt den Kern des Problems in seinem Buch „Strom – über Nostalgie, Zukunft und warum der Markt längst entschieden hat“ präzise:

„Wenn etwas die  
Energiewende in Deutschland  
bremsen kann, dann die  
Verteilnetze.“ [Meyer-2025]

Statt den Netzausbau zu beschleunigen, die Netzkapazitäten besser auszunutzen und Batteriespeicher voranzutreiben, wertet das Ministerium den Ausbau erneuerbarer Energien als wesentliche Ursache für Netzprobleme – eine Einschätzung, die von den Expertenkommissionen nicht geteilt wird und die die eigenen internen Statusberichte nicht stützen.

# 5. Die Gas-Strategie: Eine riskante Wette auf die Vergangenheit

Gaskraftwerke, Wasserstoff und CCS – die regulatorischen Weichenstellungen des Ministeriums.

---

## Die 20-Gigawatt-Frage: Rechtlich problematisch

Reiche befürwortet den Bau neuer Gaskraftwerke zur Absicherung der Stromversorgung bei Schwankungen im erneuerbaren Angebot, etwa bei sogenannten Dunkelflauten. Die geplanten Back-up-Kraftwerke im Umfang von 20 Gigawatt (GW) sind laut einer Studie der Kanzlei K&L Gates im Auftrag der Deutschen Umwelthilfe nicht mit dem EU-Beihilferecht vereinbar: „Die Notwendigkeit für 20 GW zusätzliche Leistung nur durch Gaskraftwerke ist nach aktuellem Stand nicht ausreichend belegt, da technologieoffen auch alternative Ansätze (z. B. Großbatteriespeicher sowie andere Formen der Flexibilisierung, Lastmanagement, grenzüberschreitende Kapazitäten oder eine Absicherungspflicht) berücksichtigt werden müssen.“ [Lobbypedia-2026] Robert Zurawski, Deutschlandchef von Vattenfall, kritisiert, dass Batteriespeicher in Reiches Plänen nur eine Nebenrolle spielen: „Speichern gehört die Zukunft. Gaskraftwerke können aber nur erzeugen – das ist die alte Welt.“

## Argumente für Gaskraftwerke bei EnBW bestellt

Der Spiegel deckte auf, dass das Wirtschaftsministerium beim EnBW-Konzern Vorschläge bestellt hat, die Batteriespeicher gegenüber Gaskraftwerken benachteiligen würden. [SPON-ENBW-2026] Im Lobbyregister

erfolgte die zwingend notwendige Eintragung der EnBW-Stellungnahme zum Kraftwerkssicherheitsgesetz mit einer Verspätung von drei Monaten, nachdem der Vorgang ans Licht kam. [ENBW-Lobby-2026]

Mehrere Kernforderungen aus dem EnBW-Papier finden sich im Referentenentwurf zur gesetzlichen Umsetzung der Kraftwerksstrategie (StromVKG) ganz oder sinngleich wieder. So werden Batteriespeicher aus dem ersten Marktsegment verdrängt, während Gaskraftwerke strukturell begünstigt werden. Die 10h-Regel wird als harte Markteintrittsschwelle ausgestaltet; hinzu kommen zusätzliche netztechnische Anforderungen, die Batteriespeicher weiter benachteiligen. Besonders deutlich zeigt sich dies bei der Ausgestaltung der sogenannten Langzeitkapazitäten, also jener Ausschreibungen, die faktisch auf neue Gaskraftwerke zugeschnitten sind. [StromVKG-Entwurf-2026]

## Wasserstoff: Abkehr von grünen Vorgaben

Eine nachhaltige Klimaschutzwirkung von Wasserstoff kann laut Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit nur mit grünem Wasserstoff erzielt werden. Gleichwohl will Reiche grünen Wasserstoff nicht länger bevorzugen. So fordert Reiche einen pragmatischen H<sub>2</sub>-Hochlauf und Lockerung der EU-Vorgaben. [H2News-2025] Gemäß dem im Frühjahr 2026 verabschiedeten

Wasserstoffbeschleunigungsgesetz (WassBG) soll künftig neben dem rein grünen Wasserstoff auch andere Formen, insbesondere kohlenstoffarmer, blauer Wasserstoff, der mit fossilem Gas produziert wird, rechtlich begünstigt und gefördert werden. [WassBG-2026] Blauen, orangenen und türkisen Wasserstoff als „CO<sub>2</sub>-neutrale“ Brennstoffe anzuerkennen sehen Umweltschützer nicht als Technologieoffenheit, sondern als die Verlängerung fossiler Abhängigkeit unter neuem Vokabular.

Entsorgungsinfrastruktur und ungelöster Fragen bei der Endlagerung [Krupp-CCS-2025] befürwortet Reiche unter dem Stichwort „Technologieoffenheit“ den großindustriellen Einsatz von CCS, bis hin zu Gaskraftwerken. In ihrem 10-Punkte-Plan formuliert sie es so:

„Die Abscheidung und Nutzung/Lagerung von CO<sub>2</sub> ist unverzichtbar für die Dekarbonisierung industrieller Prozesse. CCS/CCU müssen prominent und technologieoffen in den Regulierungsrahmen eingebunden werden.“ [BMWE-10-Punkte-Plan-2025]

Vom Leitungsbereich auszufüllen.		
Eingangsdatum Leitung	Tagebuchnummer	eDW-Nummer
13. Mai 2025		BM
<b>VS-NfD</b>		Koor
<b>zur Entscheidung</b>		PSt z.K.
<b>Frau Ministerin</b>		St
a.d.D.		
<b>Betr.: Änderungsgesetz zum Kohlendioxid-Speicherungsgesetz - Einleitung der Ressortabstimmung</b>		
Gesetzesentwurf enthält über den Gesetzesentwurf aus der vergangenen Legislaturperiode hinausgehende Anpassungen. Diese sind vornehmlich technischer Natur und berücksichtigen auch die Stellungnahme des Bundesrates zum Gesetzesentwurf aus der letzten Legislaturperiode. Daneben gab es insbesondere folgende wesentliche Änderungen:		
Eine zentrale Änderung, die der Umsetzung einer Vorgabe des Koalitionsvertrags dient, ist die Festlegung des <b>überragenden öffentlichen Interesses für Kohlendioxidleitungen und -speicher</b> (Koalitionsvertrag spricht von „CCS/CCU-Anlagen und -Leitungen“). In		
Ausriß: Internes Strategiepapier zur Änderung des CCS-Gesetzes vom 13.5.2025		

In der zur Verschlussache (VS-NfD) erklärten Leitungsvorlage heißt es wörtlich: „Eine zentrale Änderung, die der Umsetzung einer Vorgabe des Koalitionsvertrags dient, ist die Festlegung des überragenden öffentlichen Interesses für Kohlendioxidleitungen und -Speicher.“ [BMWE-CCS-Leitungsvorlage-2025] Damit wird der rechtliche Rahmen sogar über die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag hinaus ausgelegt. (siehe Grafik)

Was ursprünglich „Anlagen und Leitungen“ betraf, wird nun zu „Leitungen und Speicher“ – das öffnet die Tür für CO<sub>2</sub>-Endlager an Land, nahezu ohne

Einspruchsmöglichkeiten.

In der Konsequenz bedeutet das, dass die CCS-Industrie in Zukunft mit Milliarden-Investitionen unterstützt werden soll. Dies gilt auch für CO<sub>2</sub>-Abscheidung an Gaskraftwerken, obwohl Energiekonzerne wie LEAG keine wirtschaftliche Perspektive dafür sehen. [LEAG-2025] Allein die Projektträgerschaft für das Förderprogramm „Bundesförderung Industrie und Klimaschutz“, Modul 2 – Förderung von CO<sub>2</sub>-Nutzung und Speicherung (PT CCU/CCS) ist mit 13,3

## CCS: Regulatorische Erweiterung

Die Abtrennung und Speicherung von Kohlenstoffdioxid (Carbon Capture and Storage – CCS) wird oft als Lösung präsentiert, die die Klimabilanz von Erdgas verbessern soll. Greenpeace sieht darin jedoch vor allem eine Technologie, die den weiteren Einsatz fossiler Energieträger rechtfertigt, anstatt den notwendigen Umstieg auf erneuerbare Energien voranzutreiben. Trotz enorm hoher Kosten, dem gigantischen Aufbau einer zusätzlichen CO<sub>2</sub>-

Millionen Euro ohne MwSt. veranschlagt. [CCS-Vergabeverfahren-2026] Darüber sollen in der ersten Tranche 6 Milliarden Euro Fördergelder an die Industrie vergeben werden, darunter auch die umstrittene Förderung von CCS an Gaskraftwerken. [TSB-CCfD-2026]

## **CERAWeek Houston: Reiches Aussagen zum EU-Klimaziel**

Am 24. März 2026 besuchte Katherina Reiche das George R. Brown Convention Center in Houston, Texas. Im Saal: Hunderte Manager der größten Öl- und Gaskonzerne der Welt. [CERAWeek-2026] Die CERAWeek ist das wichtigste Jahrestreffen der fossilen Energiewirtschaft – organisiert von S&P Global, besucht von Shell, Chevron und Berater:innen des Weißen Hauses.

Reiche, die zum achten Mal die CERAWeek besuchte, warb für zusätzliche Gasexporte aus den USA nach Deutschland: „Der einzige Weg, die Versorgung zu sichern, ist Gas.“

Reiches Kernbotschaft, laut Politico-Korrespondent Mike Lee: Die EU solle ihre „rigide“ Bindung an das Netto-Null-Ziel

2050 lockern und eine Emissionslücke von fünf bis zehn Prozent akzeptieren. Im Originalton:

„There is a flexibility we have to get back, accept not 100 percent solutions but allowing different solutions and technologies and accept that there might be a gap of maybe a 5 or 10 percent by 2050.“  
[Politico-2026]

Zur Einordnung: Netto-Null 2050 ist seit 2021 im Europäischen Klimagesetz rechtlich verankert. Die Bundesregierung hat diesem Ziel zugestimmt. Nur wenige Wochen vor Houston beschloss dieselbe Bundesregierung das EU-Zwischenziel von 90 Prozent Emissionsreduktion bis 2040. [taz-Waack-2026] Wie Reiche sich in Texas für das Abschließen langfristiger Gasverträge einsetze, steht dazu in direktem Widerspruch.

Carsten Körnig, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Solarwirtschaft und BEE-Vizepräsident, sprach vom „größten Angriff auf unsere Branche seit 15 Jahren.“ [photon-2026]

## **6. Fossile zurück in den Heizungskeller: Das Gebäudemodernisierungsgesetz**

Die Reform des Gebäudeenergiegesetzes und ihre messbaren Auswirkungen auf Klimaziele im Gebäudesektor.

### **Das Gebäude- Modernisierungsgesetz: Freifahrtschein für Fossile**

Reiche hat maßgeblich an der Reform des Gebäudeenergiegesetzes mitgewirkt.

[Lobbypedia-2026] Das Eckpunktepapier der Koalition sieht vor, dass die Verpflichtung der Eigentümer, neu eingebaute Heizungen mit mindestens 65 Prozent Erneuerbaren Energien zu betreiben, entfällt. [Lobbypedia-2026] In

einem Interview behauptete Reiche: „Es muss Schluss sein mit dem Zwang zur Wärmepumpe.“ [Lobbypedia-2026] Die Süddeutsche Zeitung stellte dazu richtig: „In Deutschland gibt es keinen Zwang zur Wärmepumpe. Wohl aber gibt es wie in vielen anderen Ländern Bedingungen, die für neu eingebaute Heizungen gelten. So müssen diese zu bestimmten Fristen zu 65 Prozent klimafreundlich sein.“ [Lobbypedia-2026]

Das Gesetz verschiebt die Wärmewende von einer klaren Ausstiegsspur aus Öl und Gas hin zu einem Quotensystem, das fossile Heizungen de facto absichert. Die zentralen Mechanismen zugunsten der Gaswirtschaft:

- **Wegfall der 65-Prozent-EE-Regel:** Neue Gas- und Ölheizungen bleiben erlaubt; Klimaschutz wird von einer baulichen Vorgabe zu einem Brennstoff-Mix-Thema verschoben.
- **Grüngas-/Grünölquote:** Start mit „bis zu 1 Prozent“ ab 2028, bilanzielle Erfüllung durch Versorger, Vermischung im Gesamtsystem – Greenpeace wertet dies als politisches Argument für die Weiterführung der Gasinfrastruktur bei minimaler realer Dekarbonisierung.
- **Bio-Treppe:** Stufenweise Beimischungspflicht im Gebäude ab 2029; effektiv erhalten fossile Heizungen einen regulatorischen Korridor bis mindestens 2040.

## Quantifizierte Folgen laut Öko-Institut

Eine Studie des Öko-Instituts zeigt, dass sich die ohnehin bestehende Lücke zum Klimaziel 2030 im Gebäudesektor von 25 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Jahr auf 30 bis 33 Millionen Tonnen vergrößert – also plus 5 bis 8 Millionen Tonnen pro Jahr durch das GMG [Öko-Institut-2026]. Kumuliert bis 2040 entsteht

laut derselben Analyse eine zusätzliche Budgetlücke von 108 bis 172 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent gegenüber dem im Klimaschutzgesetz vorgegebenen Emissionsbudget. Die Grüngas-/Grünölquote soll laut Eckpunktepapier bis 2030 rund 2 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen – etwa 2 Prozent der aktuellen Emissionen des Gebäudesektors. [Eckpunktepapier-2026]

## Kritik an der Grüngas-Logik

Sogenannte Grüngase sind nach Einschätzung von Experten viel zu knapp und teuer. Malte Küper, Energie- und Klimaökonom am Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) kritisiert:

„Der Entwurf suggeriert Haushalten: Baut weiter Gas- und Ölheizung ein, über eine steigende Beimischung von grünen Gasen bekommen wir das klimapolitisch geregelt, sodass das alles verträglich ist mit unseren Klimazielen.“ [Tagesschau-2026]

Die Folge: Private Haushalte und die energieintensive Industrie konkurrieren um knappes Grüngas, was zu weiteren Kostensteigerungen und einer ineffizienten Nutzung führt. „Die Mengen, die man dafür bräuchte, sind gar nicht da, und sie sind vor allem aktuell und in den nächsten Jahren so teuer, dass das für Haushalte eine sehr problematische und sehr, sehr teure Lösung wäre.“ [Tagesschau-2026]

Kritiker fassen dies als „Freifahrtschein“ für neue Öl- und Gasheizungen zusammen: Die Quoten starten niedrig, die Kontrolle ist komplex, reale CO<sub>2</sub>-Einsparungen bleiben klein. Der Lobbyverband VKU – Reiches früherer Arbeitgeber – hatte sich im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens ausdrücklich

für eine Abschwächung der Heizvorgaben eingesetzt. [VKU-2024]

Das Öko-Institut bewertet das Ergebnis als Aushöhlung eines „Herzstücks der Gebäudepolitik“. [Öko-Institut-2026]

### **Verheimlicht: Studien, die der Ministerin nicht passen**

Forschungsergebnisse, die die Vorteile von erneuerbaren Energien belegen, finden unter Reiche wenig Beachtung. So wird eine Studie zu Wind und Solar, die die wirtschaftlichen Chancen der Energiewende und regionale Wertschöpfung durch erneuerbare Energien hervorhebt, vom Ministerium nicht aktiv kommuniziert. [t-online-2026c]

Auf der Website des Wirtschaftsministeriums wurde sie zwar am 13. April 2026 hochgeladen, allerdings ohne sie zu bewerben. Das fällt auf, weil die darin enthaltenen Aussagen dem häufig betonten Narrativ hoher Systemkosten aus dem BMW diametral widersprechen. [LinkedIn-CDaehling-2026]

Auch der Ergebnisbericht zur Umsetzung einer Wärmepumpen-Offensive „Analyse zu Kosten für Material und Einbau von Wärmepumpen in Deutschland“, obwohl bereits im August 2025 fertiggestellt, wurde erst Ende Februar 2026 nach erfolgreicher Anfrage von Greenpeace nach dem Umweltinformationsgesetz kommentarlos auf die Webseite des BMW gestellt. [IFEU-2026]

## **7. Inside BMW: Personalfuktuation, Beratungsaufträge und Arbeitsklima**

Interne Veränderungen im Ministerium seit Mai 2025.

---

### **Kontrolle statt Vertrauen**

Was im Bundeswirtschaftsministerium seit Mai 2025 zu beobachten ist, folgt einer Logik: Ein Führungsstil, der auf Kontrolle statt Vertrauen setzt, treibt erfahrene Beamtinnen und Beamte aus dem Haus. Mit ihnen geht institutionelles Wissen. In die entstehende Lücke rücken externe Berater – teuer, diskret und ohne parlamentarische Rechenschaftspflicht.

### **Personalfuktuation in der Leitungsabteilung**

Seit Reiches Amtsantritt im Mai 2025 haben mehrere leitende Beamt:innen das Ministerium verlassen oder wurden abgelöst.

Eine strukturelle Verbindung zur Altmaier-Ära existierte im

Wirtschaftsministerium noch bis Februar 2026 in Gestalt von Yvonne Schreiber, Chefin der Leitungsabteilung, die bereits das Büro Altmaiers geleitet hatte und als Kennerin des Hauses galt. [T-Online-2026a] Als Reiche im Mai 2025 das Ministerium übernahm, erhielt Schreiber zunächst die Führung der Leitungsabteilung – eine Kontinuität, die rasch endete. Im Februar 2026 entthob Reiche Schreiber ihres Postens und ersetzte sie durch Erik Voigt, einen engen Vertrauten, den sie selbst ins Ministerium mitgebracht hatte. [T-Online-2026a] Die Entscheidung stieß intern auf Unverständnis: Schreiber hatte als institutionelles Gedächtnis des Hauses auch die Funktion, der Ministerin zu sagen, „wenn etwas wirklich nicht geht.“ [Focus-2026]

# Ehrlich und effizient – die Energiestrategie für Deutschland

Von Katherina Reiche

Wir erleben eine der schwersten Energiekrisen der Geschichte. Seit Beginn des Irakkriegs und der Schließung der Straße von Hormus sind die Preise für Öl, Flüssiggas und Diesel explodiert. Viele fordern deshalb den sofortigen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen. Wind- und Solarenergie schneller ausbauen, die Sache wäre gelöst. Nun, so einfach ist das nicht.

Zur Faktenlage: Deutschland hat einen Gesamtenergiebedarf von 2.900 Terawattstunden für Strom, Wärme, Mobilität und Industrieprozesse. Ein knappes Sechstel entfällt auf Strom, mehr als die Hälfte davon kommt aus erneuerbaren Energien. Der Anteil erneuerbarer Gesamtenergieverbrauch lag 2025 aber gerade einmal bei knapp einem Jahrelang haben wir uns mit ehrlichen Zielen beruhigt. 80 Prozent Stroms aus Erneuerbaren bis zum Jahr 2030, Klimaneutralität bis 2045 – schöne Zahlen, die unser schlechtes Wissen besänftigen. Aber während wir uns an diese Ziele klammerten, explodierten die Strompreise. Deutsche Haushalte zahlen bis zu 37 Cent pro Kilowattstunde – gut neun Cent über dem EU-Durchschnitt. Unsere Industrie blutet aus. Die Deindustrialisierung beschleunigt sich. Ja, Wind und Sonne schicken keine Rechnung. Das Gesamtsystem aber sehr wohl: EEG-Kosten, Kapazitätsreserve, Netzreserve, Redispatch-Kosten, Netzsubventionen, Subventionen für die Senkung der Energiepreise – all das summiert sich auf Systemkosten von über 36 Milliarden Euro pro Jahr. Das sind 430 Euro für jeden Deutschen.

Fast drei Milliarden Euro zahlen wir allein dafür, dass Windräder und Solaranlagen abgeregelt werden, weil die Netze den Strom nicht aufnehmen können. Es gibt keine andere Industrie, die eine Finanzierung erhält und sogar dann Entschädigung zahlt, wenn der Strom nicht genutzt wird. Die Branche der Erneuerbaren ist erwachsen und übernimmt – systemisch und finanziell. Bis 2035 steigen die Systemkosten auf 90 Milliarden Euro pro Jahr. Das Problem ist strukturell: Wir haben 20 Gigawatt ge-

sicherte, CO<sub>2</sub>-arme Kernkraft abgeschaltet. Dazu kommen massive politisch ge-

Eine Energiewende, die Systemkosten ignoriert, und ruiniert, wenn sie vorgeht.

keine Überkapazitäten, die nur ins Ausland exportiert während im Inland die Preise steigen.

Um es an dieser Stelle klar zu machen: Ich stehe hinter der Energiewende, aber es muss sich zwischen Erneuerbaren und Stromversorgung sein. Sie sind schon heute zum großen Teil da. Aber ich halte Klimaschutz ohne Bezahlbarkeit für politisch nicht tragfähig. Klimaschutz ohne Versorgungssicherheit ist strategisch blind. Wir dekarbonisieren – aber nicht durch Deindustrialisierung. Wir modernisieren – aber nicht durch Überlastung von Haushalten und Unternehmen.

Deshalb arbeiten wir an einem Netzanschlusspaket, das die Verantwortung neu verteilt. Wer in überlasteten Netzgebieten eine Anlage anschließen will, muss

sich an den Kosten Risiko tragen, das man angespeist wegen Netzausbau den muss, darf nicht meinheit bezahlt wird Blockade. Das ist fa-

Die Netzbetreiber auf Zuruf überall L

erneuerbare Energien angeschlossen werden wollen. Während aber Solarparks in zwei bis drei Jahren entstehen, dauert der Netzausbau bis zu zehn Jahre. Wir müssen den Ausbau regional steuern, sonst produzieren wir teuren Strom, den niemand nutzen kann.

Das 80-Prozent-Ausbauziel für Erneuerbare bleibt. Auch der Anschlussvorrang für Erneuerbare bleibt. Aber der Ausbau muss ökonomisch effizienter werden. Wir brauchen mehr Überkapazitäten, die nur ins Ausland exportiert während im Inland die Preise steigen.

Wir brauchen gesicherte Kraftwerkskapazitäten, Speicher und ein Marketdesign, das Zuverlässigkeit ebenso belohnt wie Ambition. Wir brauchen einen

**BÖSWILLIGE UNTERSTELLUNG – Schuld für Redispatch-Kosten sind nicht die Erneuerbaren Energien sondern der verzögerte Netzausbau.**

**FALSCH – Strompreise explodieren nicht, sie sinken seit 5 Jahren.**

**TASCHENSPIELERTRICKS Wildes Aufsummieren von Kosten. Fossile Energieimporte kosten doppelt soviel, Kosten der Klimakrise nicht gegengerechnet.**

**SELBSTTÄUSCHUNG – CCS an Gaskraftwerken, Atom- und Fusionsenergie sind extrem teure und riskante Technik-Träumereien.**

**Katherina Reiche (CDU) ist Bundesministerin für Wirtschaft und Energie.**

Ihr Nachfolger Erik Voigt wechselt zunächst auf eine andere Stelle, damit Felix Möhrle aus dem Ministerbüro dessen bisherige Unterabteilung übernehmen kann. [HB-Berater-2026]

Sören Enkelmann, Leiter des Parlament- und Kabinettpreferats, musste gehen – sein Referat wurde mit dem für „politische Planung“ zusammengelegt. Die Leiterin des Öffentlichkeitsarbeit-Referats, Astrid Wirnhier, räumte ebenfalls ihren Posten. Die Pressestelle verliert mit Birgit Korte ihre Leiterin, obwohl Korte den Job erst im November 2025 angetreten hatte. Auch alle Redenschreiber wechselten.

„Das Personal auf vielen wichtigen, nicht nur politischen Positionen musste gehen oder ist freiwillig gewechselt.“  
Tagesspiegel Background vom 20.03.2026 [TSB-2026]

## Reiches energiepolitische Programmatik

Katharina Reiche erklärte ihre energiepolitische Programmatik am 8. April 2026 in der FAZ. In ihrem Gastbeitrag „Ehrlich und effizient – die Energiestrategie für Deutschland“ schreibt sie, Deutschland erlebe „eine der schwersten Energiekrisen der Geschichte“, und beziffert die jährlichen Kosten für Netzeingriffe auf „fast drei Milliarden Euro“ – eine Zahl, die sie einseitig den erneuerbaren Energien anlastet, obwohl Fachleute die Ursache im verzögerten Netzausbau sehen. Sie summiert Systemkosten auf über 36 Milliarden Euro pro Jahr, ohne fossile Energieimportkosten gegenzurechnen, und plädiert für Fusionskraftwerke und CCS als Ausweg.

## Arbeitsklima und E-Mail-Durchsuchungen

Nicht nur die Personalfuktuation, auch die öffentlich gewordenen E-Mail-Durchsuchungen zeugen von einem belasteten Arbeitsklima. Der Spiegel enthüllte, dass das Ministerium auf der Suche nach Leaks „stichprobenhaft“ E-Mail-Konten von Beamten durchsucht hat. [SPON-2026] Als eine Teilnehmerliste einer Saudi-Arabien-Reise geleakt wurde, sollten mehrere Beschäftigte dienstliche Erklärungen unterschreiben – obwohl die Liste medial nicht aufgegriffen worden war. Mitarbeiter sprechen intern von „Misstrauen“ und „Generalverdacht“. [t-online-2026b]

Die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Grünen zeigt: Die Durchsuchung von E-Mail-Konten im Wirtschaftsministerium war umfangreicher als bekannt. [BT-Drucksache-21/5560] Betroffen waren 27 Mitarbeitende, deren E-Mail-Metadaten wie Absender, Empfänger, Betreff, Datum und Uhrzeit ausgewertet wurden. Auch Wirtschaftsministerin Katherina Reiche war persönlich eingebunden. [Spiegel-2026]

Sven Giegold, Staatssekretär a.D., kommentierte die interne Stellenanzeigenflut und das Betriebsklima auf LinkedIn:

*„Die Anforderungen: leistungsfähig, flexibel, Leidenschaft, Teamplay. Das von einer Ministerin, deren Beamte regelmäßig aus der Zeitung erfahren, was die Leitung will. Von einer Ministerin, die den Beamt\*innen so misstraut, dass sie ihre E-Mail-Konten durchsuchen lässt. Man weiß nicht, ob man lachen oder weinen soll.“ [Giegold-2026]*

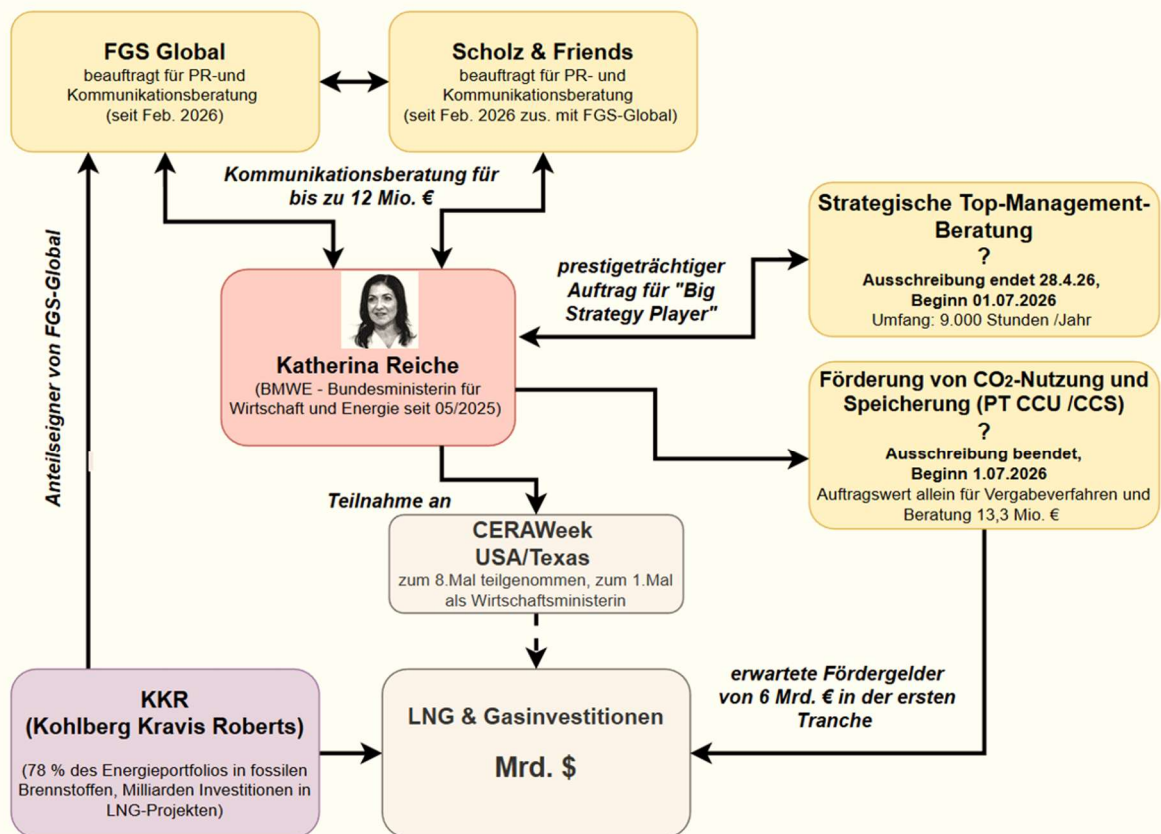
## 9.000 Stunden ausgelagerter Kernarbeit

Externe Ausschreibungen sollen interne Missstände beheben. Am 2. April 2026 veröffentlichte das Bundeswirtschaftsministerium eine Ausschreibung für eine „Rahmenvereinbarung Strategische Top-Management-Beratung für die Behördenleitung des BMW“ – mit einer Frist von 14 Tagen. [SPON-2026] Veranschlagt sind 9.000 Arbeitsstunden pro Jahr, der Vertrag läuft zwei Jahre mit Option auf Verlängerung um weitere zwei. [BMW-Top-2026]

Die Berater sollen nicht nur Führungsstrukturen analysieren oder Schwachstellen kartieren – sie sollen Aufgaben übernehmen, die zum Kernbestand ministerieller Arbeit gehören: Kurzanalysen zu fachpolitischen Fragen, Diskussionspapiere zu Rohstoffsicherheit und industrieller Transformation, Handlungsempfehlungen für die Hausleitung. [SPON-2026] Ein BMW-Mitarbeiter wird im Handelsblatt zitiert, das „Denken wird ausgelagert.“ [HB-Berater-2026]

Partner-Stundensätze liegen marktüblich zwischen 350 und 650 Euro, Senior Associates verlangen rund 250 Euro, einfache Berater etwa 180 Euro. Bei vollem Abruf der veranschlagten Stunden summieren sich die Kosten auf mindestens zwei Millionen Euro pro Jahr – im selben Koalitionsvertrag, der eine „Reduzierung der Ausgaben für externe Berater in allen Einzelplänen“ versprochen hatte. [SPON-2026] Parallel dazu unterstützt die Agentur Scholz & Friends seit Februar 2026 die Öffentlichkeitsarbeit, FGS Global – als CDU-nah geltend – ebenfalls. Der Höchstwert dieser Vereinbarung: Zwölf Millionen Euro. [BMW-Kom-2025], [Zeit-2026]

## Nähe zur Gasindustrie: Das Business-Netzwerk Katherina Reiches



Katherina Reiche lässt sich für bis zu 12 Mio. € von zwei Kommunikationsagenturen FGS Global sowie Scholz & Friends beraten. Die Agentur FGS Global gehört seit Sommer 2024 mehrheitlich KKR, einem der größten Investoren in fossile Brennstoffe im Private-Equity-Bereich. Daneben gibt es Ausschreibungen für CCS-Vergabeverfahren (13,3 Mio. €) und strategische-Top-Managementberatung (9000 h/a).

### Gesetzgebungsfolgen

Die anhaltende Fluktuation hat nach Einschätzung von Beobachter:innen messbare Folgen für die Gesetzgebungsarbeit. Die für die EEG-Novelle zuständige Abteilungsleiterin wurde abgelöst; die Novelle selbst wird dadurch verzögert. [SPON-2026]

Trotz vieler angekündigter Gesetzesnovellen wurden bislang kaum fertige Referentenentwürfe aus dem

Ministerium ins parlamentarische Verfahren gebracht. Das betrifft nicht nur das Gebäudemodernisierungsgesetz, sondern auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz oder das Netzpaket.

# 8. Gesamtbewertung: Eine Ministerin im Krisenmodus

Was die Politik des Bundeswirtschaftsministeriums für die Erneuerbare-Energiebranche und die klimapolitische Zukunft Deutschlands bedeutet.

## Gegenwind von ungewohnter Seite

Massiver Gegenwind bläst Katherina Reiche auch von Energiemanagern entgegen, da ihr energiepolitischer Kurs – geprägt durch eine Rückabwicklung der Energiewende und eine erneute Bevorzugung fossiler Energieträger – zu einer tiefgreifenden Verunsicherung in der Industrie führt. Führende Branchenvertreter wie Vattenfall-Chef Robert Zurawski kritisieren, dass das Infragestellen von Zielen Investitionen zum Erliegen bringt und letztlich höhere Kosten für den Standort Deutschland verursacht. Georg Stamatelopoulos von EnBW moniert, dass Gesetzesentwürfe wie das „Netzpaket“ eine vernünftige Planung von Wind- und Solarparks unmöglich machen, während RWE-Chef Markus Krebber die Vorschläge der Ministerin schlicht als „absurd“ bezeichnet. Dieser radikale Richtungswechsel bedroht laut den Managern nicht nur bereits getätigte Milliardeninvestitionen, sondern gefährdet durch mangelnde Verlässlichkeit die globale Wettbewerbsfähigkeit und die gesamte Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft. [ManagerMagazin-2026]

## Urteil auf drei Ebenen

Für ein abschließendes Urteil über Katherina Reiche als Wirtschaftsministerin muss man drei Ebenen unterscheiden: die strukturelle Frage der Interessenverflechtung, die operative Frage der Regierungsführung

und die strategische Frage der Energiepolitik.

## Strukturell: Interessenverflechtungen

Reiche wechselte direkt aus dem Vorstand einer E.ON-Tochter in das Amt, das die Energiewirtschaft reguliert. Ihr Lebensgefährte Karl Theodor zu Guttenberg ist Lobbyist. Ihr früherer Arbeitgeber VKU hat per Stellungnahme Vorschläge zu einem Gesetz gemacht, das sie nun reformieren soll. Diese Konstellation begründet strukturelle Interessenkonflikte, die in einer Demokratie zumindest umfassender Transparenz und öffentlicher Diskussion bedürfen.

## Operativ: Ministeriumsführung

Die Leitungsabteilung hat seit Mai 2025 einen erheblichen Personalwechsel erlebt. Kernaufgaben der fachpolitischen Arbeit werden an externe Berater delegiert. Das Verhältnis zwischen Ministeriumsleitung und Belegschaft ist nach übereinstimmenden Medienberichten belastet. Die eigenen Statusberichte zeigen, dass kaum Meilensteine der Energiewende-Roadmap erreicht wurden.

## Strategisch: Eine Energiepolitik gegen Physik und Klimakrise

Reiches energiepolitische Linie setzt auf Gas als langfristige Brücken- und Backup-Technologie (ein Widerspruch in sich), auf blauen Wasserstoff als förderfähige

Alternative zu grünem Wasserstoff sowie auf CCS als Instrument für industrielle Dekarbonisierung. Diese Ausrichtung steht in zentralen Punkten im Widerspruch zu den Empfehlungen der offiziellen Expertenkommission zum Energiewende-Monitoring und zu den gesetzlich verankerten Klimazielen Deutschlands und der EU.

## **Fazit**

Dieses Dossier kommt auf der Grundlage der ausgewerteten Dokumente und Quellen zu dem Schluss, dass die energiepolitische Ausrichtung des BMWK unter Ministeriumsleitung Reiche in erheblichem Umfang fossile Interessen bevorzugt – durch inhaltliche Weichenstellungen, durch die Zusammensetzung ihres Beraterkreises, durch Gesetzesreformen, die den

Interessen ihrer früheren Arbeitgeber auffällig entgegenkommen. Der Schaden, der dabei an der institutionellen Glaubwürdigkeit des Ministeriums und an der Qualität der deutschen Energiepolitik entsteht, dürfte schwer zu reparieren sein.

Katherina Reiche steht für eine energiepolitische Richtungsentscheidung für fossile Energien, gegen konsequenten Klimaschutz. Statt den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben, setzt sie auf fossiles Gas, blauen Wasserstoff und CCS.

In Zeiten der Klimakrise muss das Bundeswirtschaftsministerium Transformation gestalten. Eine rückwärtsgewandte Energiepolitik wie die von Katherina Reiche tut das Gegenteil.

# Quellen

## Kapitel 1: Der energiepolitische Kurswechsel

[Merz-Rede-Parteitag-2026] Rede des Vorsitzenden der CDU Deutschlands Bundeskanzler Friedrich Merz MdB, 38. Bundesparteitag der CDU Deutschlands in Stuttgart „Eine neue Entschlossenheit“, 20.02.2026. Youtube 1:23:30.

<https://www.youtube.com/watch?v=fuZB3FCBifo>

[Lobbypedia-2026] Lobbypedia. (2026). Katherina Reiche.

[https://lobbypedia.de/wiki/Katherina\\_Reiche](https://lobbypedia.de/wiki/Katherina_Reiche)

[Correctiv-2025] Correctiv (15.07.2025), Grüße aus der fossilen Vergangenheit: 10 Wochen Wirtschaftsministerin Reiche

<https://correctiv.org/aktuelles/klimawandel/2025/07/15/gruesse-aus-der-fossilen-vergangenheit-10-wochen-wirtschaftsministerin-reiche-energiewende-klimaziele/>

## Kapitel 2: Karriere und Interessenverflechtungen: Der Drehtür-Effekt

[Lobbypedia-2026] Lobbypedia. (2026). Katherina Reiche.

[https://lobbypedia.de/wiki/Katherina\\_Reiche](https://lobbypedia.de/wiki/Katherina_Reiche)

[Wikipedia-2026] Wikipedia. (2026). Katherina Reiche.

[https://de.wikipedia.org/wiki/Katherina\\_Reiche](https://de.wikipedia.org/wiki/Katherina_Reiche)

[Gruene-2026] Bündnis 90/Die Grünen. (09.02.2026). Reiches „Netzpaket“ – der Energiewende-Killer. <https://www.gruene.de/artikel/reiches-netzpaket-der-energiewende-killer>

[Altmaier-2026] Bundeswirtschaftsministerium. (o.J.). Peter Altmaier – Visitenkarte.

<https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Dossier/Visitenkarten/visitenkarte-altmaier.html>

[T-Online-2026a] Mueller-Töwe, J., Leister, A. & Wienand, L. (18.02.2026). Erstaunen im Wirtschaftsministerium: Reiche ersetzt Topbeamtin durch engen Vertrauten. t-online.de.

[https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id\\_101135050/](https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_101135050/)

[Reiche-LinkedIn-2024] Reiche, K. (13. November 2024). Energiewende auf Kurs bringen: Die Systemkosten sind der wichtigste Hebel. LinkedIn.

<https://web.archive.org/web/20250502192540/https://www.linkedin.com/pulse/energiewende-auf-kurs-bringen-die-systemkosten-sind-der-reiche-tbz6e>

[FAZ-2013] FAZ 19.02.2013 Umweltminister Altmaier: „Energiewende könnte bis zu einer Billion Euro kosten“ <https://www.faz.net/aktuell/politik/energiepolitik/umweltminister-altmaier-energiewende-koennte-bis-zu-einer-billion-euro-kosten-12086525.html>

[Bundestag-2012] Bundestag (9.03.2012), Regierung verteidigt Einschnitte bei der Solarförderung

[https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2012/38115604\\_kw10\\_de\\_solar-207986](https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2012/38115604_kw10_de_solar-207986)

[Westenergie-2026] Westenergie - Unser starkes Gasnetz

<https://www.westenergie.de/de/ueber-westenergie/verteilnetze/gasnetz.html>

## Kapitel 3: Der Einfluss-Komplex: Ministerium, Konzerne, Gutachter

[Greenpeace-2025a] Smid, K. (23. Dezember 2025). Kritik am Energiewende-Monitoringbericht [Interview]. Greenpeace Deutschland.

<https://www.greenpeace.de/klimaschutz/energiewende/gasausstieg/kritik-am-energiewende-monitoringbericht>

[Greenpeace-2025b] Greenpeace Deutschland. (16. Dezember 2025). Greenpeace deckt auf: Wirtschaftsministerium nahm Einfluss auf unabhängiges Gutachten zur Energiewende [Pressemitteilung].

<https://www.greenpeace.de/klimaschutz/energiewende/gasausstieg/energiewendemonitoring>

[Greenpeace-Versionsvergleich-2025] Greenpeace Deutschland. (16. Dezember 2025). Versionsvergleich „Monitoring der Energiewende“ – Bewertung [PDF].

<https://www.greenpeace.de/publikationen/2025-12-16-greenpeace-Versionsvergleich-Monitoring-der-Energiewende-Bewertung.pdf>

[Germanwatch-2025] Meyer, T. / Germanwatch e.V. (30. Juli 2025). Monitoring der Bundesregierung droht Energiewende auszubremsen [Pressemitteilung].

<https://www.germanwatch.org/de/93227>

[TM-Kreutzfeldt-2025] Kreutzfeldt, M. (23.09.2025). BMW-Pläne: Erstaunliche Ähnlichkeiten zu Forderungen von RWE und Eon. table.media.

<https://table.media/climate/analyse/monitoring-bericht-erstaunliche-aehnlichkeiten-in-papieren-von-bmwe-und-rweeon>

[BMW-Reiche-2025] Bundeswirtschaftsministerium. (15.09.2025). klimaneutral werden – wettbewerbsfähig bleiben.

<https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Dossier/klimaneutral-werden-wettbewerbsfaehig-bleiben.html>

[Drucksache-21/1032] Antwort auf die kleine Anfrage, DieLinke (25.09.2025). EWI-Zusammenarbeit <https://dserver.bundestag.de/btd/21/010/2101032.pdf>

[Scheer-2025] Brief (21.07.2025) Monitoringprozess zur Energiewende – Mögliche Unvereinbarkeiten mit dem Koalitionsvertrag, <https://www.nina-scheer.de/2025/07/22/brief-monitoringprozess-zur-energiewende-moegliche-unvereinbarkeiten-mit-dem-koalitionsvertrag/>

## Kapitel 4: Expertenbefunde: Interne Dokumente und unabhängige Bewertungen

[BMW-Statusbericht-2025] Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. (2025, Juli 18). Statusbericht: Roadmap Systemstabilität [Auf UIG-Anfrage erhalten].

[DNA-Statusbericht-2025] Deutsche Energie-Agentur. (2025, Juli 18). DNA-Statusbericht zur Systementwicklungsstrategie [Auf UIG-Anfrage erhalten].

[BMW-UIG-Bescheid-2025] BMW. (01.12.2025). Bescheid zum UIG-IFG-Antrag von Greenpeace.

[BMWE-UIG-Bescheid-2026] BMW. (13.03.2026). Bescheid zum Widerspruch von Greenpeace.

[Greenpeace-2025] Greenpeace Deutschland. (16. Dezember 2025). Versionsvergleich des EWI-BEW-Monitoringbericht. <https://www.greenpeace.de/publikationen/2025-12-16-greenpeace-Versionsvergleich-Monitoring-der-Energiewende-Bewertung.pdf>

[BMWE-Monitoring-2025] Expertenkommission zum Energiewende-Monitoring. (10.12.2025). Monitoringbericht 2025. <https://www.publikationen-bundesregierung.de/pp-de/publikationssuche/energiewendemonitoring-2025-2398800>

[Meyer-2025] Strom – über Nostalgie, Zukunft und warum der Markt längst entschieden hat“ ISBN 978-3-7693-5122-4

## Kapitel 5: Die Gas-Strategie: Eine riskante Wette auf die Vergangenheit

[BMWE-10-Punkte-Plan-2025] Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. (15.09.2025). Zehn Schlüsselmaßnahmen zum Monitoringbericht. <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Downloads/I-L/klimaneutral-werden-wettbewerbsfaehig-bleiben.pdf>

[SPON-ENBW-2026] Spiegel (15.04.2026) Reiche-Ministerium bat Gaslobby um Argumente für Gaskraftwerke <https://www.spiegel.de/wirtschaft/katherina-reiche-ministerium-bat-enbw-um-argumente-fuer-gaskraftwerke-a-1ce69ada-8eff-444b-a7f9-4eaf4d6e5447>

[ENBW-Lobby-2026] ENBW, (13.01.2026) Lobbyregister, Überlegungen für ergänzende Kriterien zur 10h-Regel, Eintrag vom 10.04.2026 <https://www.lobbyregister.bundestag.de/inhalte-der-interessenvertretung/stellungnahmengutachtensuche/SG2604100001/325436>

[StromVKG-Entwurf-2026] Referentenentwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Versorgungssicherheit Strom und zur Bereitstellung neuer Kapazitäten (Stand 20.04.2026) (Strom-Versorgungssicherheits- und Kapazitätengesetz – StromVKG)

[BMWE-CCS-Leitungsvorlage-2025] BMW. (2025). Leitungsvorlage KSpG-ÄndG – Einleitung Ressortabstimmung [Greenpeace-UIG-Verfahren, BMW-Bescheid vom 20.10.2025].

[CCS-Gesetz-Reiche-2026] CO2 Speichergesetz – Rede von Wirtschaftsministerin Reiche im Bundestag. <https://www.youtube.com/watch?v=CE2D11T2HMk>

[photon-2026] BSW-Solar: »Größter Angriff auf unsere Branche seit 15 Jahren«. photon, 26.03.2026. <https://www.photon.info/news/bsw-solar-groesster-angriff-auf-unsere-branche/>

[Politico-2026] Weise, Z. & Lee, M. (24.03.2026). EU should relax net-zero target, German energy minister says. POLITICO. <https://www.politico.eu/article/german-energy-minister-katherina-reiche-says-eu-should-relax-net-zero-target/>

[taz-Waack-2026] Waack, J. (2026). Auf fossiler Energiekonferenz in Texas: Reiche stellt EU-Klimaziel infrage. taz. <https://taz.de/Auf-fossiler-Energiekonferenz-in-Texas!/6165526/>

[Krupp-CCS-2025] Krupp, R. E. (März 2025). Geologische Risiken der CO<sub>2</sub>-Verpressung in der Nordsee. [https://www.greenpeace.de/publikationen/Geologische\\_Risiken\\_CCS.pdf](https://www.greenpeace.de/publikationen/Geologische_Risiken_CCS.pdf)

[H2News-2025] Reiche fordert pragmatischen H<sub>2</sub>-Hochlauf und Lockerung der EU-Vorgaben (16.09.2025) <https://h2-news.de/politik/reiche-fordert-pragmatischen-h2-hochlauf-und-lockerung-der-eu-vorgaben/>

[WassBG-2026] Gesetz zur planungs- und genehmigungsrechtlichen Beschleunigung von Erzeugung, Speicherung, Import und Transport von Wasserstoff<sup>fx</sup>

(Wasserstoffbeschleunigungsgesetz - WasserstoffBG) (29.03.2026) <https://www.gesetze-im-internet.de/wasserstoffbg/WasserstoffBG.pdf>

[LEAG-2025] LEAG (21.07.2025) Non-Paper zu CCS an Kraftwerken

[CCS-Vergabeverfahren-2026] Leistungsbeschreibung Projektträgerschaft für das Förderprogramm „Bundesförderung Industrie und Klimaschutz“, Modul 2 – Förderung von CO<sub>2</sub>-Nutzung und Speicherung (PT CCU/CCS) 17104/005-25#002

[TSB-CCfD-2026] Tagesspiegel Background (10.04.2026) Reiche führt Habecks Klimaschutzverträge fort <https://background.tagesspiegel.de/energie-und-klima/briefing/reiche-fuehrt-habecks-klimaschutzvertraege-fort>

[CERAWeek-2026] CERAWeek, Leadership Dialogue with Hon. Katherina Reiche (24.03.2026) <https://www.ceraweek.com/en/program/leadership-dialogue-with-hon-katherina-reiche-1068-54260>

## **Kapitel 6: Fossile zurück in den Heizungskeller: Das Gebäudemodernisierungsgesetz**

[Öko-Institut-2026] Öko-Institut e.V. (2026). Auswirkungen des Gebäude-Modernisierungsgesetzes auf die Erreichung der Klimaziele.

<https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Auswirkungen-GebäudeModG-Klimaziele.pdf>

[energie-experten-2026] energie-experten.org. (2026). Neues GMG: Grüngasquote stößt auf breite Kritik. <https://www.energie-experten.org/news/neues-gmg-gruengasquote-stoesst-auf-breite-kritik>

[Eckpunktepapier-2026] Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. (24. Februar 2026). Eckpunktepapier zum Gebäude-Modernisierungsgesetz (GMG). [https://www.energie-experten.org/fileadmin/System-Bilder/Downloads/GMG-Eckpunkte\\_24-02-2026.pdf](https://www.energie-experten.org/fileadmin/System-Bilder/Downloads/GMG-Eckpunkte_24-02-2026.pdf)

[Tagesschau-2026] Gebäudemodernisierungsgesetz (25.02.2026) Forschende sehen "katastrophale Verwässerung" <https://www.tagesschau.de/wissen/klima/reaktionen-gebaudemodernisierungsgesetz-wissenschaft-100.html>

[VKU-2024] VKU (Versendet am 14.06.2024) Rückmeldung zu den Ankerpunkten der Systementwicklungsstrategie, <https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/58/1a/321212/Stellungnahme-Gutachten-SG2406260216.pdf>

[t-online-2026c] t-online (24.04.2026) Reiche lässt Studie zu Wind und Solar verschwinden [https://www.t-online.de/finanzen/energie/id\\_101226464/wirtschaftswachstum-durch-energiewende-reiche-laesst-studie-verschwinden.html](https://www.t-online.de/finanzen/energie/id_101226464/wirtschaftswachstum-durch-energiewende-reiche-laesst-studie-verschwinden.html)

[LinkedIn-CDaehling-2026] LinkedIn Post (23.04.2026), Carolin Dähling [https://www.linkedin.com/posts/carolin-d%C3%A4hling-a57802ab\\_hat-katherina-reiche-eine-studie-monatelang-share-7452989220828217344-kAfw/](https://www.linkedin.com/posts/carolin-d%C3%A4hling-a57802ab_hat-katherina-reiche-eine-studie-monatelang-share-7452989220828217344-kAfw/)

[IFEU-2026] IFEU, (09/2025) Analyse zu Kosten für Material und Einbau von Wärmepumpen in Deutschland, <https://www.ifeu.de/publikation/analyse-zu-kosten-fuer-material-und-einbau-von-waermepumpen-in-deutschland-und-ausgewaehlten-eu-mitgliedstaaten>

## Kapitel 7: Inside BMW: Personalfluktuaton, Beratungsaufträge und Arbeitsklima

[BMW-Top-2026] BMW (27.03.2026). Rahmenvereinbarung Strategische Top-Management-Beratung für die Behördenleitung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMW) ZC4 – 17104/004-25#023

[BMW-Kom-2025] BMW (26.09.2025). Rahmenvereinbarung über die Kommunikationsagentur für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMW) Z-FV: 17104/004-25#013, LB2: 02101/001#009

[HB-Berater-2026] Olk, J. (03.04.2026). Berater sollen Wirtschaftsministerium 9000 Stunden jährlich helfen. Handelsblatt. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/beratung-berater-sollen-wirtschaftsministerium-9000-stunden-jaehrlich-helfen/100213866.html>

[Focus-2026] Focus. (26.03.2026). „Reiche hat ihr Haus verloren“ – als im Ministerium die Stimmung kippte. <https://www.focusplus.de/wirtschaft/reiche-hat-haus-verloren-als-im-ministerium-stimmung-kippte-11241>

[t-online-2026b] Walker, A. (21.03.2026). Hat Reiche die Kontrolle verloren? t-online. [https://www.t-online.de/heim-garten/aktuelles/id\\_101178934/katherina-reiche-ministerin-fuehrt-kleinkrieg-wichtige-gesetze-verschoben.html](https://www.t-online.de/heim-garten/aktuelles/id_101178934/katherina-reiche-ministerin-fuehrt-kleinkrieg-wichtige-gesetze-verschoben.html)

[Zeit-2026] Uken, M. (27.03.2026). Krisenhilfe für die Wirtschaftsministerin. Die Zeit. <https://www.zeit.de/wirtschaft/2026-03/katherina-reiche-bundesregierung-oeffentlichkeitsarbeit-agentur-unterstuetzung>

[SPON-2026] Becker, M. (02.04.2026). Reiche will Kernaufgaben des Wirtschaftsministeriums an externe Berater auslagern. Der Spiegel. <https://www.spiegel.de/politik/katherina-reiche-kernaufgaben-des-wirtschaftsministeriums-sollen-an-externe-berater-ausgelagert-werden-a-edc3d846-ce45-4d8e-bbf6-6efa9286bc00>

[Giegold-2026] Giegold, S. (März 2026.). LinkedIn-Beitrag. [https://www.linkedin.com/posts/sven-giegold\\_stellenanzeigensammelsurium-anforderungen-activity-7439967378773295104-PUxo/](https://www.linkedin.com/posts/sven-giegold_stellenanzeigensammelsurium-anforderungen-activity-7439967378773295104-PUxo/)

[TSB-2026] Tagesspiegel Background (20.03.2026). K.Wiedemann, Personalrochaden im BMW überschatten EEG Novelle

[Spiegel-2026] Spiegel (24.04.2026). Reiche ließ Dutzende Mails durchleuchten <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/katherina-reiche-wirtschaftsministerin-liess-dutzende-dienstliche-e-mails-durchleuchten-a-79cf89d6-5fa8-4c12-ae71-4a6fd74f6851>

[BT-Drucksache-21/5560] BuReg (24.04.2026), Durchsuchung von E-Mail-Konten im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie <https://dip.bundestag.de/vorgang/durchsuchung-von-e-mail-konten-im-bundesministerium-f%C3%BCr-wirtschaft-und-energie/332803>

## Kapitel 8: Gesamtbewertung: Eine Ministerin im Krisenmodus

[ManagerMagazin-2026] Manager Magazin (Mai 2026) Die Fossile – Ende Energiewende